

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

15. Juli 2019

Afghanistan

Friedensgespräche

In Katar haben sich vergangene Woche erstmals Vertreter der afghanischen Regierung mit Vertretern der Taliban zu einem von Katar und Deutschland organisierten zweitägigen intraafghanischen Dialog getroffen. Die Regierungsvertreter (zusammen mit Oppositionspolitikern, Vertretern der Medien und der Zivilgesellschaft) waren dabei als Privatpersonen anwesend, da die Taliban offiziell nach wie vor Gespräche mit der Regierung in Kabul ablehnen.

In einer gemeinsamen Abschlusserklärung werden die Parteien u.a. aufgefordert, das Ausmaß der Gewalttätigkeiten zu verringern, keine öffentlichen Einrichtungen anzugreifen und die Zahl der zivilen Opfer "auf Null" zu senken. Die Sicherheit von Schulen, Madrassen, Krankenhäusern, Märkten, Dämmen und anderen Arbeitsplätzen solle gewährleistet werden. Über einen Waffenstillstand wurden allerdings keine Aussagen getroffen. Weitere Punkte bezogen sich auf die islamische Ausrichtung Afghanistans, die Unabhängigkeit von ausländischem Einfluss, die Rückkehr von (Binnen-)Flüchtlingen und die Freilassung älterer, behinderter und kranker Gefangener.

Getötete Zivilisten nach Razzia in Klinik

Human Rights Watch berichtete, dass afghanische Spezialkräfte in der Nacht vom 08. auf den 09.07.19 eine vom schwedischen Afghanistan-Komitee betriebene Klinik im Distrikt Day Mirdad der Provinz Wardak (Zentrum) nach Taliban durchsuchten. Sie nahmen Patienten und Personal fest und trennten vier Personen zur Befragung von den übrigen ab - den Direktor der Klinik, einen Laboranten, eine Wache und einen Familienbetreuer. Alle mit Ausnahme des Direktors wurden später erschossen aufgefunden. Die Klinik war in den vergangenen Jahren offenbar bereits mehrfach Ziel von Operationen der Sicherheitskräfte. Sogenannte „night raids“ durch afghanische Spezialkräfte haben im Jahr 2019 deutlich zugenommen.

Anschlag auf Hochzeitsgesellschaft

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Hochzeitsgesellschaft in der Provinz Nangarhar (Osten) wurden am 12.07.19 mindestens neun Menschen getötet und weitere 40 verletzt. Der Anschlag soll dem örtlichen Chef einer regierungsnahen Miliz, die gegen Taliban kämpft, gegolten haben. Bei dem Attentäter soll es sich um einen 13-jährigen Jungen gehandelt haben.

Albanien

Land in der Krise

Seit Februar steckt das Land in einer Krise, die sich immer weiter zuspitzt. Fast wöchentlich kommt es zu Massenprotesten; die Opposition, bestehend aus der Demokratischen Partei (DP) und der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI), boykottiert seit Monaten das Parlament und hat zuletzt auch an den Kommunalwahlen nicht teilgenommen. Sie wirft der amtierenden Regierung unter Ministerpräsident Edi Rama von der Sozialistischen Partei (SP) vor, bei den Parlamentswahlen 2017 massiv Stimmen gekauft zu haben. Albanische Ermittler sollen über entsprechende Abhörprotokolle verfügen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen zündeten militante Anhänger der Opposition mehrere Wahllokale an. Wohl auf Druck der USA und der EU verlief der Urnengang vergleichsweise ruhig. (vgl. BN v. 01.07.19)

Die beiden politischen Lager stehen sich seit Jahrzehnten unversöhnlich gegenüber. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig der Korruption. In den Augen der Opposition ist Regierungschef Edi Rama Chef eines Drogenkartells, in den Augen der Sozialisten kämpft die Opposition nur deshalb so vehement, weil die von der Regierung begonnene Justizreform gerade deren Machtstrukturen empfindlich trifft. Trotz teils berechtigter Kritik und legitimer Forderungen genießt die Opposition weder das Vertrauen des Volkes noch die Unterstützung des Westens. Auch die Demokraten, die das Land bis 2013 regierten, gelten als korrupt. Der Europäische Rat wird voraussichtlich im Oktober eine Entscheidung darüber treffen, ob entsprechend der jüngsten Empfehlung der EU-Kommission Beitrittsgespräche mit Albanien aufgenommen werden. Die aktuelle Entwicklung bestärkt jedoch vor allem die Ansicht einiger europäischer Staaten, dass Albanien die Beitrittskriterien nicht erfüllt.

Algerien

Proteste gegen die alte Führungselite halten an

Zum 22. Mal sind die Menschen in Algerien nach dem Freitagsgebet in Massen auf die Straßen gegangen, um gegen die alte Machtelite und für eine neue zivile Regierung zu demonstrieren. Auch rund 1.000 Anwälte demonstrierten in der Hauptstadt Algier für eine unabhängige Justiz und die Freilassung von Inhaftierten, die bei Demonstrationen im Juni festgenommen worden waren, weil sie die verbotene Fahne der Berber, ein Symbol der Berber für den Kampf um mehr Rechte, getragen hatten.

Burundi

Regierung erweitert Kontrolle über Medien

Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat die Regierung von Burundi ihre Kontrolle über die Medien ausgeweitet. So wurde mit Eric Nshimirimana ein hochrangiger Funktionär der Regierungspartei zum Leiter des einzigen öffentlich-rechtlichen Radiosenders Burundis ernannt. Nshimirimana war bisher Vorsitzender der regierungsnahen Jugendorganisation Imbonerakure. Die UNO stuft die Organisation als Miliz ein und macht sie für Exekutionen, Entführungen und Folter politischer Gegner verantwortlich.

China

Wieder gewaltsame Proteste in Hongkong

Erneut ist es am vergangenen Wochenende (13./14.07.19) zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten gekommen. Ort der Auseinandersetzungen war Sha Tin, eine im Norden liegende, zu den sogenannten neuen Territorien Hongkongs gehörende Stadt. Die Sicherheitskräfte setzten Pfefferspray und Schlagstöcke ein, vereinzelt soll es auch zu Festnahmen gekommen sein.

Anlass der Proteste ist das umstrittene Auslieferungsgesetz, nach dem Verdächtige an China überstellt werden sollen. Die Hongkonger Regierung hat zwar erklärt, das Gesetz nicht umsetzen zu wollen, dennoch fordern viele Protestierende weiterhin den Rücktritt von Regierungschefin Carrie Lam. Nach Angaben der Organisatoren nahmen 110.000 Menschen an der Demonstration teil, die Polizei sprach von 28.000 Teilnehmern.

Eritrea

UN-Beauftragte soll weiter Menschenrechtslage in Eritrea untersuchen

Der UN-Menschenrechtsrat hat das Mandat der Sonderberichterstatterin für Eritrea verlängert. Daniela Kravetz werde ein weiteres Jahr Verletzungen der Menschenrechte in Eritrea untersuchen, teilten die Vereinten Nationen am 11.07.19 in Genf mit. Für die Resolution stimmten 21 Länder, 13 Staaten enthielten sich, gegen die Verlängerung des Mandats stimmten ebenfalls 13 Länder, darunter Eritrea, das turnusmäßig Mitglied im Menschenrechtsrat ist. In der Resolution wird die eritreische Regierung aufgefordert, mit der Sonderberichterstatterin zu kooperieren. Die Regierung verweigert der UN-Beauftragten allerdings seit

Jahren die Einreise. Der Resolutionsentwurf wurde von Deutschland und anderen westlichen Ländern eingebracht.

Im jüngsten Bericht der Sonderberichterstatterin heißt es, dass die Menschenrechtslage in Eritrea trotz des Mitte 2018 geschlossenen Friedensvertrags mit Äthiopien unverändert schlecht und eine Entspannung auch in Zukunft nicht zu erwarten sei. Auch das Vorgehen der Regierung gegen Kirchen wurde kritisiert. So seien zuletzt orthodoxe Priester festgenommen und katholische Krankenhäuser geschlossen worden. Zudem würden Oppositionelle willkürlich in Haft genommen und jahrelang ohne ordentliches Justizverfahren eingesperrt sein. Westliche Diplomaten hatten die Berichte des UN-Menschenrechtsrates jedoch kritisiert, da sie nicht belegen, wann, wo und von wem welche Verbrechen verübt wurden. Sie würden daher ein „unausgewogenes Bild“ über die Lage in Eritrea liefern.

Indien

Kaschmir: BJP plant Lager für Ansiedlung von Hindus

Nach Angaben eines Parteisprechers der amtierenden hindu-nationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) ist geplant, im muslimisch geprägten Bundesstaat Jammu und Kaschmir gesicherte Lager zu errichten, um Hunderttausenden Hindus die Ansiedlung im Kaschmir-Tal zu ermöglichen.

Tote und Vertriebene im Norden und Nordosten Indiens

Als Folge starken Monsunregens wurden Dutzende Menschen im Norden und Nordosten Indiens bei Überschwemmungen und Schlammlawinen getötet und mehr als eine Million Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Im Bundesstaat Uttar Pradesh starben seit dem 10.07.19 mindestens 19 Menschen durch Stromschläge und einstürzende Häuser. Im Bundesstaat Assam kamen mindestens zehn Personen ums Leben, neun weitere in den Bundesstaaten Meghalaya, Arunachal Pradesh und Mizoram.

Indien/Pakistan

OHCHR-Bericht zur Menschenrechtslage in Kaschmir

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) hat am 08.07.19 einen Bericht zur Menschenrechtslage im indisch und pakistanisch verwalteten Kaschmir veröffentlicht. Dem Bericht zufolge hat sich die Lage im Berichtszeitraum Mai 2018 bis April 2019 verschlechtert. Im indischen Teil, dem Bundesstaat Jammu und Kaschmir, habe es 586 Todesopfer gegeben, unter ihnen 160 Zivilisten, 267 Aufständische und 159 indische Sicherheitskräfte. Dies sei die höchste Opferzahl seit 2008.

Im pakistanischen Teil, bestehend aus Azad Jammu und Kaschmir (AJK) und Gilgit-Baltistan (G-B), habe sich die Lage ebenfalls verschlechtert. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit werde verletzt. Journalisten seien bedroht und zur Selbstzensur gezwungen worden. Außerdem sollen Kritiker verschwunden sein.

Irak

Anordnung zur vollständigen Eingliederung der Volksmobilisierungsfront

Laut Executive Order No. 37 der irakischen Regierung vom 01.07.19 soll die Volksmobilisierungsfront (sog. Hashd al-Shaabi) vollständig in die irakischen Sicherheitskräfte eingegliedert werden. Die betroffenen Milizen haben bis zum 31.07.19 Zeit, die Anordnung umzusetzen, z.B. durch Schließung der Milizenbüros. Formal untersteht die Volksmobilisierungsfront seit 2016 der Befehlsgewalt des Premierministers.

Proteste in Basra

Am 03.07.19 veröffentlichte die irakische Nationale Journalistengewerkschaft ihre Bedenken gegenüber dem Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Journalisten in Basra. Ein Mitglied der Sicherheitskräfte hätte angekündigt, Journalisten verhaften zu lassen, die über nicht genehmigte Demonstrationen berichteten. Zuletzt sei mindestens ein Journalist des irakischen Senders al-Sumaria verhaftet worden. In Basra war es wie im vergangenen Jahr (vgl. BN v. 03.09.18) zu Protesten gegen die schlechte Versorgungslage, Arbeitslosigkeit und Korruption gekommen.

Iran

Altersheim für Baha'i in Karaj droht Schließung

Laut dem persischsprachigen Nachrichtenportal Human Rights Activists News Agency (HRANA) soll das Altersheim für Angehörige der Baha'i in der Stadt Karaj mit staatsanwaltschaftlicher Anordnung geschlossen werden. Bisherige Räumungsversuche scheiterten am Widerstand der Bewohner.

Artilleriebeschuss irakischer Kurdengebiete

Berichten kurdischer Medien zufolge sollen Pasdaran-Einheiten am 10.07.19 kurdische Autonomiegebiete um die Stadt Sidakan im Nordirak mit schwerer Artillerie beschossen haben. Vorausgegangen waren bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Kämpfern und den iranischen Pasdaran in den letzten vier Wochen. Anfang Juli hatten die Demokratischen Kräfte Kurdistans (HDK) in einer Erklärung bestätigt, dass es bei Gefechten zwischen Peshmerga und den Pasdaran einige Tote auf iranischer Seite gegeben habe. Im Westen Irans leben rund 10 Mio. Kurden. Eine Unabhängigkeit der kurdischen Gebiete lehnt Iran jedoch ab, was immer wieder zu Spannungen führt. Dutzende kurdische Aktivisten sind deshalb wegen des Vorwurfs separatistischer Bestrebungen inhaftiert.

Inhaftierte Journalisten im Hungerstreik

Nach Meldungen des Nachrichtenportals HRANA vom 14.07.19 befinden sich die inhaftierte Journalistin Sanaz Alahyari und ihr Ehemann seit mehr als elf Tagen im Hungerstreik. Alahyari befindet sich in einem kritischen Gesundheitszustand. Beide wurden im Januar 2019 festgenommen und befinden sich seitdem im Evin-Gefängnis in Teheran. Sie wurden verhaftet, nachdem sie im November 2018 über Arbeitskämpfe in der südiranischen Provinz Khuzestan berichtet hatten. Mit dem Ehepaar wurde auch dessen Kollege Amir Amirgholi verhaftet. Gegen die Journalisten läuft ein Strafverfahren wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit.

In den letzten fünf Jahren fast 40 jugendliche Straftäter hingerichtet

Laut Iranischer Human Rights Organisation (IHRO) wurden zwischen dem 01.01. und dem 30.06.19 mindestens 110 Menschen hingerichtet, darunter zwei Jugendliche. Trotz der Unterzeichnung von internationalen Konventionen hat Iran im Jahr 2018 mindestens sieben Jugendliche hingerichtet. Nur ein Teil der Hinrichtungen wird öffentlich angekündigt. Dreiundachtzig der hingerichteten Personen wurden wegen Mordes zu Qisas (eine Auge-um-Auge-Strafe) oder einer Vergeltung in Form von Sachleistungen gemäß den Sharia-Richtlinien verurteilt. Dreizehn weitere Personen wurden wegen Vergewaltigung, neun wegen Drogenmissbrauchs, vier wegen Mohareb (Krieg gegen Gott) durch bewaffneten Raub und eine weitere Person wegen des Strafbestandes der Spionage erhängt. Iran, Pakistan, Saudi-Arabien und der Jemen sind die einzigen Länder der Welt, in denen jugendliche Straftäter mit dem Tod bestraft werden können.

Jemen

Houthi-Rebellen verhängen 30 Todesurteile

Die Houthi-Rebellen haben Berichten zufolge 30 Personen zum Tode verurteilt. Sie werden beschuldigt, für die saudi-arabische geführte Koalition spioniert zu haben. Einige Fälle gehen bereits Jahre zurück. Die Verurteilten sollen der politischen Partei Islah nahestehen. Die Partei wird oft als Verbündeter der Muslimbruderschaft bezeichnet. Die Verurteilungen können angefochten werden. Die UN berichtet, dass einige der Verurteilten illegal inhaftiert und gefoltert wurden.

Cholera

Laut UN wurden in diesem Jahr bisher mehr als 460.000 Cholera-Fälle registriert. Mindestens 705 Menschen sollen an der Krankheit gestorben sein. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2018 mit 380.000 Fällen. Das Gesundheitssystem ist durch den Krieg stark belastet, sodass viele Gesundheitseinrichtungen nicht mehr funktionsfähig sind. Die Ausbreitung der Cholera wird durch die jüngsten Sturzfluten, schlechte Abfallmanagementsysteme und den fehlenden Zugang zu sauberem Wasser beschleunigt.

VAE reduziert Truppen

Die VAE, einer der wichtigsten Entsenderstaaten von Streitkräften in den Jemen, sollen eine Reduzierung ihrer Truppen im Jemen beschlossen haben. Ein anonymes Beamter erklärte, dass bereits 90.000 jemenitische Soldaten von den VAE ausgebildet wurden. Zudem hat Saudi-Arabien bereits die ehemaligen durch die VAE-betriebenen Stützpunkte im Hafen von Mokha (Gouvernement Taiz) und in al-Khawkhah (Gouvernement Hodeida) übernommen sowie Streitkräfte nach Aden entsandt.

Kamerun

Rund 40 CRM-Gefangene aus der Haft entlassen

Am 12.07.19 wurden mindestens 39 im Januar 2019 verhaftete Unterstützer der Oppositionspartei CRM (Cameroon Renaissance Movement) aus dem Kondengui Hochsicherheitsgefängnis in Jaunde entlassen. Alle gegen sie erhobenen Anklagepunkte waren am gleichen Tag vom Militärgericht in Jaunde fallen gelassen worden. Noch immer sind mehrere Unterstützer des CRM im Kondengui Gefängnis inhaftiert, die bei verschiedenen von der CRM im Januar und Juni 2019 organisierten Protestveranstaltungen gegen das Ergebnis der Präsidentschaftswahl und die Inhaftierung des CRM-Parteivorsitzenden Maurice Kamto verhaftet worden waren.

Kasachstan

Demonstranten bei nicht genehmigten Protesten verhaftet

Laut dem kasachischen Innenministerium sollen am 06.07.19 bei Protesten in Nursultan und Almaty sowie in weiteren kleineren Städten circa 100 Personen von kasachischen Sicherheitskräften teilweise gewaltsam festgenommen worden sein. Die meisten der verhafteten Personen wurden kurz danach wieder freigelassen. Dem Innenministerium zufolge erhielten 19 Personen bis zu fünfzehntägige Haftstrafen, 23 Personen wurden zu Geldstrafen verurteilt. Die nicht genehmigten Proteste waren teils von der in Kasachstan verbotenen Partei „Demokratische Wahl Kasachstans“ organisiert worden und richteten sich gegen die Machtübernahme des neuen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew. Tokajew war nach dem Rücktritt des langjährigen Regierungschefs Nursultan Nasarbajew im März 2019 zum Übergangspräsidenten ernannt worden und hatte die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 09.06.2019 mit 70,8% der Stimmen gewonnen. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses, welches von der OSZE als nicht frei und unfair kritisiert worden war, kam es zu zahlreichen Protesten im ganzen Land (vgl. BN. 17.06.19).

Kolumbien

Hohe Belohnung für Festnahme von Ex-Rebellenführer

Die kolumbianische Polizei hat eine Belohnung in Höhe von bis zu drei Milliarden kolumbianischen Pesos (umgerechnet rund 830.000 Euro) für die Festnahme des ehemaligen Farc-Anführers Jesús Santrich ausgesetzt. Präsident Iván Duque geht davon aus, dass Santrich ins Nachbarland Venezuela geflohen ist. Die USA werfen dem früheren Guerilla-Chef Santrich Drogenhandel vor und fordern seine Auslieferung. Santrich war Ende Juni im Norden Kolumbiens verschwunden und am 09.07.19 nicht zu einem Termin vor dem Obersten Gerichtshof erschienen. Das Gericht ordnete einen Haftbefehl an und bat Interpol um Unterstützung. Der teilweise sehbehinderte Santrich gehörte zu den Unterhändlern des Friedensabkommens von 2016 zwischen Kolumbiens Regierung und den linksgerichteten Rebellen der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Farc). Die Farc-Kämpfer gaben ihre Waffen ab und wandelten sich in eine politische Partei um.

Libanon

Abriss von Behausungen syrischer Geflüchteter in Arsal

Am 01.07.19 rissen die libanesischen Sicherheitskräfte 20 Behausungen von syrischen Geflüchteten in Arsal ab. Berichten zufolge haben Bewohner in anderen Flüchtlingsiedlungen in Arsal ihre Behausungen selbst

abgerissen, um der Armee zuvor zu kommen. Die Abrißmaßnahme folgte einer Anordnung, die auf die Durchsetzung zur Verwendung erlaubten Baumaterials in Flüchtlingsiedlungen abzielt (vgl. BN v. 17.06.19).

Moldau

Neue Regierung geht gegen korrupte Beamte vor

Moldaus neue Regierungskoalition bestehend aus der pro-russischen Partei der Sozialisten (PSRM) und des pro-europäischen Wahlblocks ACUM unter Ministerpräsidentin Maia Sandu (vgl. BN v. 01.07.19) geht entschlossen gegen korrupte Beamte vor. Das moldauische Parlament hat am 09.07.19 mit der Amtsenthebung des bisherigen Generalstaatsanwalts begonnen, der wohl der einflussreichste Verteidiger des alten, oligarchischen Systems war. Ihm unterstanden 660 Staatsanwälte, von denen ein Großteil für den Oligarchen und PDM-Vorsitzenden Vlad Plahotniuc gearbeitet haben soll. Auf Druck der neuen Regierung war schon Ende Juni das gesamte Verfassungsgericht zurückgetreten. Auch beim Zoll und im Innenministerium mussten mehrere korrupte Beamte den Dienst quittieren.

Der unvorhergesehene Machtwechsel in Moldau, der von einigen Kommentatoren als „stille Revolution“ bezeichnet wird, wäre ohne eine gemeinsame Intervention des Westens und Russlands nicht möglich gewesen.

Nigeria

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen IMN und Sicherheitskräften

Am 09.07.19 demonstrierten Hunderte Angehörige des schiitischen Islamic Movement in Nigeria (IMN) in Abuja vor dem Haupteingang zur Nationalversammlung (Parlamentsgebäude) für die sofortige Freilassung ihres seit Dezember 2015 ohne Urteil inhaftierten Anführers und Gründers Ibrahim El-Zakzaky. Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Laut IMN-Angaben habe die Polizei zwei IMN-Angehörige erschossen und mehrere verletzt, während laut Polizeiangaben zwei, nach anderen Angaben fünf Polizisten Schussverletzungen erlitten hätten. 38 verhaftete Schiiten wurden am 11.07.19 vor drei Gerichten in Abuja u.a. wegen Auftritts angeklagt. 28 von ihnen wurden vom Gericht gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Eine weitere Demonstration des IMN am 11.07.19 vor dem Federal Secretariat Gebäudekomplex in Abuja wurde von der Polizei unter Einsatz von Schusswaffen aufgelöst. Mehrere Schiiten wurden verhaftet. Ein weiterer Protestmarsch des IMN am 11.07.19 im Bundesstaat Lagos vom Gebiet Maryland zum Büro der National Human Rights Commission (NHRC) in Ikeja verlief friedlich.

Am 12.12.15 war es bei einer Prozession des IMN in Zaria, Bundesstaat Kaduna, zu einem Zusammenstoß mit dem Autokonvoi des Armeechefs gekommen. Innerhalb von drei Tagen wurden rund 350 Zivilisten, meist Schiiten, von den Sicherheitskräften getötet sowie eine Vielzahl verhaftet, darunter Scheich Zakzaky und seine Ehefrau. Zuletzt waren am 27.10.18 in Abuja während einer Prozession anlässlich des schiitischen Arbain Festes und bei einer zwei Tage später anschließenden Demonstration für die Freilassung Zakzakys laut Angaben von Amnesty International mindestens 39 IMN-Angehörige von Polizei und Militär durch Anwendung exzessiver Gewalt getötet worden (vgl. BN vom 05.11.18). Die Anzahl der Schiiten in Nigeria beträgt etwa vier Millionen.

Pakistan

Kaschmir: Anführer der al-Qaida ruft zu Anschlägen auf

In einer Videobotschaft vom 09.07.19 rief Aiman az-Zawahiri, der Anführer des Terrornetzwerks al-Qaida, militante Islamisten in Kaschmir zu Anschlägen gegen die indische Armee auf. Auch kritisierte er in diesem Zusammenhang den pakistanischen Geheimdienst.

Zuständiger Richter in der Causa Sharif suspendiert

Der Richter Arshad Malik, der Ex-Premier Nawaz Sharif im Dezember 2018 zu einer siebenjährigen Haftstrafe wegen Korruption verurteilt hatte, wurde am 12.07.19 aus seinem Amt entlassen. Dieser wird

beschuldigt, Sharif unter Druck verurteilt zu haben. Dessen Tochter Maryam Nawaz habe entsprechende Beweise.

Pakistan/Afghanistan

Öffnung des Torkham-Grenzübergangs

Nach Angaben eines Sprechers des afghanischen Außenministeriums wollen Pakistan und Afghanistan den Grenzübergang bei Torkham in den pakistanischen Stammesgebieten bzw. in der ostafghanischen Provinz Nangarhar ab August rund um die Uhr geöffnet halten, um Reisen zu erleichtern und den Handel zwischen den Ländern zu fördern. Grenzübergänge zwischen den beiden Ländern waren in der Vergangenheit immer wieder geschlossen worden.

Somalia

Somalia vollstreckt Todesurteile

Berichten zufolge hat das somalische Militär drei Mitglieder von al-Shabaab hingerichtet, die wegen eines Angriffs auf das Hotel Nasa-Hablod in der Hauptstadt Mogadischu im Oktober 2017 verurteilt worden waren. Bei dem Angriff wurden 18 Menschen getötet und 47 weitere verletzt.

Angriffe

Am 12.06.19 griffen Kämpfer der al-Shabaab ein Hotel in der Hafenstadt Kismayo an. 26 Personen sollen dabei getötet und 50 verletzt worden sein. Unter den Toten waren Politiker, Stammesführer und Journalisten aus Somalia und anderen Ländern. Diese hatten sich in dem Hotel versammelt, um anstehende Wahlen in Kismayo zu besprechen.

Am 11.07.19 wurde eine Person getötet, als eine Bombe in der Nähe der Polizeistation im Waberi Distrikt, Mogadischu explodierte.

Am 08. und 09.07.19 wurden bei Explosionen von Landminen, die von Kämpfern der al-Shabaab gelegt worden sein soll, mehrere Zivilisten in der Nähe von der Stadt Dhobley (Region Lower Juba) und der Stadt Fafadun (Region Gedo) getötet und verletzt.

Ebenfalls am 08.07.19 zündeten al-Shabaab-Kämpfer eine Bombe im Bezirk Hodan, Mogadischu. Die Anzahl der Opfer ist unbekannt. Am selben Tag kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Mitgliedern der al-Shabaab an einem Sicherheitskontrollpunkt in Mogadischu. Zwei Rebellen und ein Polizist sollen bei dem Zusammenstoß gestorben sein.

Sudan

Erneute Großdemonstration

Am 13.07.19 sind Zentausende in Khartum und anderen Städten auf die Straße gegangen, um gegen die Militärführung zu demonstrieren und um an die vielen Demonstranten zu erinnern, die seit Beginn der Proteste im Dezember 2018 ums Leben gekommen sind. Die Teilnehmer fordern Gerechtigkeit für die durch Sicherheitskräfte getöteten Demonstranten vom 03.06.19.

Abschaltung des Internets wieder aufgehoben

Nachdem nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste am 03.06.19 das Internet in weiten Teilen des Landes abgeschaltet worden war, soll es seit dem 09.07.19 wieder weitgehend funktionsfähig sein. Ein Gericht in der Hauptstadt Khartum hatte angeordnet, dass die Netzanbieter Zain, MTN und Sudani den Zugang für ihre Kunden wieder freigeben müssen.

Syrien

Schwere Gefechte bei Hama und viele Luftangriffe auf Idlib

Bei Luftangriffen auf die Region Idlib und schweren Gefechten in Hama sollen allein in der 28 KW über hundert Kämpfer aber auch Zivilisten und Kinder getötet worden sein, teilte die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit. Es habe mehr als 440 Angriffe gegeben. Erstmals sei dabei auch das Zentrum der Stadt Idlib beschossen worden.

Die Provinzen Idlib und Hama sind die einzigen Regionen in Syrien, die noch von Rebellen-Gruppen kontrolliert werden. Die Truppen der syrischen Regierung gehen seit April mit Unterstützung der russischen Luftwaffe verstärkt gegen sie vor. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres verurteilte die Luftangriffe auf medizinische Einrichtungen in der Region.

Anschlagsserie im Norden Syriens

Bei einer Anschlagsserie im Norden Syriens sollen mindestens 13 Menschen getötet und etwa 40 weitere verletzt worden sein. An verschiedenen Orten explodierten insgesamt fünf Bomben und trafen unter anderem auch eine christliche Kirche in der Stadt Kamischli an der Grenze zur Türkei. Kamischli wird größtenteils von kurdischen Milizen kontrolliert, Teile der Innenstadt stehen unter Kontrolle von regierungstreuen Milizen. Außerdem explodierten drei weitere Sprengsätze in der rund 80 Kilometer südlich von Kamischli gelegenen Stadt Al-Hasaka. Eine der Explosionen ereignete sich an einem Kontrollpunkt kurdischer Einheiten. Der schwerste Anschlag fand in Afrin statt. Die Stadt wird von Rebellen kontrolliert, die von der Türkei unterstützt werden.

Ukraine

Fernsehsender in Kiew mit Granatwerfer beschossen

In der Nacht zum 13.07.19 wurde in Kiew das Gebäude des TV-Senders 112 Ukraine mit einem Granatwerfer beschossen, bei dem es nach Polizeiangaben keine Verletzten gab und nur die Fassade beschädigt wurde. Der Sender, der dem prorussischen Abgeordneten Taras Kozak gehört, wollte einen Film des amerikanischen Regisseurs Oliver Stone über die Ereignisse in der Ex-Sowjetrepublik nach den proeuropäischen Protesten auf dem Maidan in Kiew vor fünf Jahren zeigen. Der TV-Sender war einige Tage vor der Tat von der Staatsanwaltschaft verwarnt worden, nachdem er die Ausstrahlung des Films angekündigt hatte. Die Generalstaatsanwaltschaft sprach von einem russischen Propagandafilm. Am Tag vor dem Anschlag veröffentlichte der TV-Sender einen Appell an die Polizei, Journalisten vor der Willkür von nationalen Radikalen zu schützen und erklärte, eine direkte Drohung mit einem physischen Angriff von ultranationalistischen ukrainischen Gruppen erhalten zu haben. Nach dem Anschlag verzichtete der Sender auf die am 16.07.19 geplante Ausstrahlung.